



GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

LIGA LIBELL 150

2014.06.30

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

LIGA LIBELL 150

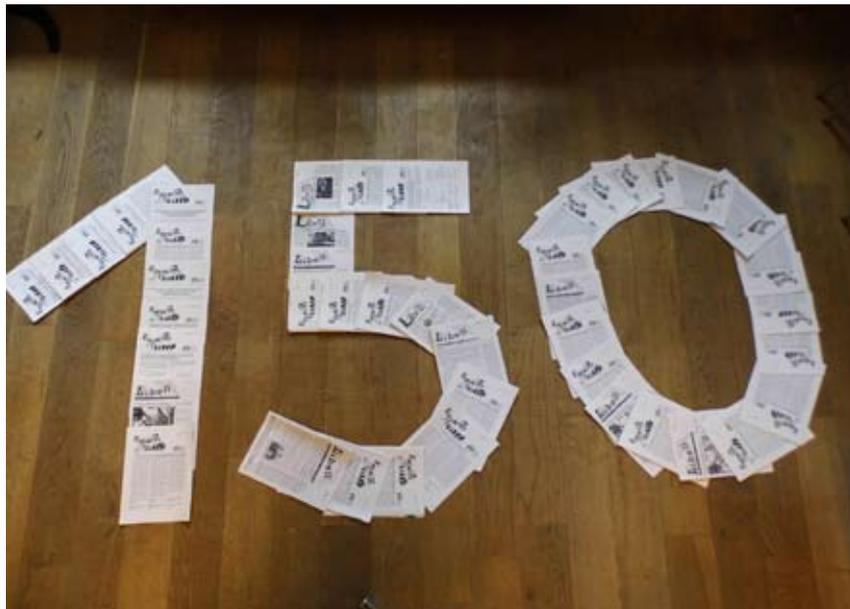
Im Jahr der vielen Jubiläen wollen auch wir nicht zurückstehen und legen nun heute LIBELL Nr. 150 vor. So eine Art Jubiläum verführt auch immer zum Zurückdenken

und Bilanzieren. Wo kommen wir her, wo wollen wir hin, und wie weit sind wir? Damit haben auch einige unserer Beiträge zu tun. Mit der uns von der Politik gestellten Frage nach Eintrag in das Lobbyregister des Landtages stellt sich für uns ohnehin mal wieder die Frage nach unserem Selbstverständnis. Wir werden uns da nicht eintragen – und erklären unsere Weigerung auch.

Mit den bald 25 Jahren unseres Wirkens sind etliche Erfolge, aber auch Niederlagen verbunden. Wir haben

– zusammen mit anderen, aber mit wesentlichem Anteil – ein Bombodrom und den Transrapid verhindert, Alleen gerettet, und auch der Havelausbau ist nicht mehr so wie

einst geplant zu erwarten. Leider sind wir mit dem Braunkohleausstieg immer noch nicht am Ziel, und Gentechnik oder TTIP sind neue Herausforderungen.



150 Ausgaben LIGA LIBELL

Foto: Nadine Holstein

Aber abgesehen von diesem Tagesaktuellem – es gilt auch, Alternativen zu entwickeln und umzusetzen. Da passiert Vieles auch ohne uns, aber wir sollten das dann unterstützen, und sei es nur durch das Zur-Kennntnis-Nehmen. Ein besonders interessantes Beispiel dafür sind ökologisch lebende Gemeinschaften. Eine solche ist das Ökodorf Siebenlinden in der Altmark. Wir besprechen ein darüber geschriebenes Buch.

■ Heinz-Herwig Mascher

Ist die Grüne Liga ein Lobbyistenverein?

Heinz-Herwig Mascher

> S. 2-3

Welzow Süd II

Autoren verschiedene

> S. 4,5,10

Alleenschutz in Glienicke Nordbahn

Lena Dressler

> S. 6-7

Poppau

Heinz-Herwig Mascher

> S. 8-9

Alles Spargel oder was?

Norbert Wilke

> S. 9

Jugendforum Nachhaltigkeit – Der Grüne MitmachWeg in die Zukunft

Jascha Edert

> S. 11

Ist die GRÜNE LIGA ein Lobbyistenverein?

Preisfrage: Es folgt ein Auszug aus einem aktuellen Wahlprogramm für die Landtagswahl 2014. Welche Partei meint, auf diese Weise für sich Werbung machen zu können?

Der Text: „Lobbyismus wie wir ihn verstehen hat ... seinen berechtigten Platz. Ob Gewerkschaften, Handwerkskammern, Bürgerinitiativen oder Umweltverbände: Wir wollen die Meinungen verschiedener Interessengruppen hören und ihre Kompetenzen für Brandenburg nutzen ... Was wir nicht wollen, ist ein Lobbyismus durch die Hintertür ... Deshalb fordern wir schon lange ein umfassendes, verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Lobbyregister für Brandenburg.“

Merke: Lobbyisten sind „die Guten“! Auflösung folgt später, zunächst das Grundsätzliche.

Fragt man im Lande nach den Gründen für die zunehmende Politikverdrossenheit, bekommt man oft auch zu hören, dass Politik eigentlich nicht durch Parteien oder Bürger, sondern durch Lobbyisten betrieben werde,

die im Hintergrund durch Lüge, Vollquatscherei, Bestechung oder auch Erpressung versuchen, politische Entscheidungen und Gesetzestexte im eigenen oder dem Interesse ihrer Auftraggeber zu beeinflussen. Die Lobby war ursprünglich der Vorraum eines Parlaments, wo diese Herrschaften auf die Entscheidungsträger (Minister, Abgeordnete, aber auch hohe Beamte oder Richter) warteten. Im Zeitalter des Internets gibt es da noch ganz andere Möglichkeiten. Aber immer noch hängt dem Lobbyisten ein ganz schlechter Ruf an. Derzeit wird vor einem Gericht in Hamburg sogar ein Prozess geführt, in dem ein offenbar von der Deutschen Post alias DHL gesponsertes „Institut für die Zukunft der Arbeit“ einen

Journalisten zwingen möchte, den Vorwurf zurückzunehmen, dieses Institut sei ein Lobbyverein. Offenbar ist „Lobbyist“ also eine Beleidigung.

Aber Lobbyarbeit geht heute auch ganz anders. Weil der Staat an der falschen Stelle beim Personal spart, ist es angeblich notwendig, dass „Spezialisten aus der Wirtschaft“ oder von dort bezahlte Anwälte an der Verfassung von Gesetzestexten direkt mitwirken, wenn nicht gar diese gleich ganz entwerfen. Auch wechseln Wirtschaftsvertreter in die Politik und tatsächlich dann ihre alten Arbeitgeber. Ein besonders negatives Beispiel war z. B. Walter Riester. Als Gewerkschaftsvertreter

erwirtschaftet werden – und das führt in Zeiten sinkender Realeinkünfte und nachlassenden Wachstums notwendig zu Finanzspekulationen. Wer damals bei SPD oder Grünen dagegenhielt, wurde als „unsozial“ abgestempelt. Inzwischen dämert wohl den meisten, dass das Ganze ein Riesenreinfall ist – aber Schuld ist nicht eigenes Versagen wegen Nicht-Mitdenkens, sondern „die böse Konjunktur“, Griechenland und Frau Merkel ...

Weil das Thema der Lobbyeinflüsse inzwischen nicht mehr unter den Tisch gekehrt werden kann, versuchen nun etwas weiter blickende Politiker, die Sache anders anzugehen. So werden in einzelnen



*Hier im Eingangsbereich von Parlaments-, Verwaltungs- oder Wirtschaftsgebäuden warteten die „Lobbyisten“, um mit den Verantwortlichen im Vorfeld von Entscheidungen zu sprechen und ihre jeweiligen Argumente vorzutragen.
Foto: Norbert Wilke*

in Aufsichtsräten von Banken entsprechend geschult, wechselte er 1999 in die Politik und wurde Minister unter Gerhard Schröder. Als solcher machte er viel Panik wegen des „demografischer Wandels“, ließ die angeblich unbezahlbaren Rentenanprüche drastisch senken und führte statt dessen eine später nach ihm benannte sogenannte „kapitalgedeckte Altersversorgung“ ein, die vor allem natürlich den Profit der Banken erhöht. Die Mehrkosten wurden auf den Staat abgewälzt, und diese Verschleuderung von Milliardensummen an die Banken und Versicherungen wird bis heute als „staatliche Förderung“ verkauft. Allerdings muss das Geld für diese ach so tollen Rentengeschenke ja erstmal

Ländern heute sogenannte Lobbyregister geführt, um solchen zwielichtigen Vorgängen wenigstens etwas Transparenz entgegen zu setzen. Auch der Brandenburger Landtag machte sich daran, ein Lobbyregister aufzubauen. Das Ergebnis ist allerdings ein Witz: Ein „Verzeichnis von Interessengruppen“, das

im Ergebnis nicht viel mehr ist als eine Anschriftensammlung von Vereinen und Verbänden und laut Geschäftsordnung des Landtages ab der nächsten Wahl mit lediglich der Aufgabe versehen, alle Organisationen aufzuzählen, die zu Anhörungen und dergleichen im Landtag und seinen Ausschüssen Zutritt haben. Dieses Verzeichnis führt diverse Vereine alphabetisch auf, deren Adressen, Vorstandsmitglieder und Tätigkeitsschwerpunkte – und das war es dann schon. Auch die GRÜNE LIGA wurde aufgefordert, sich als Lobbyverein registrieren zu lassen. NABU und BUND kamen dem bereitwillig nach. Offenbar findet man dort nichts dabei, in einem Atemzug genannt zu werden mit – ja, auch

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

mit Vattenfall.

Und das ist schon der erste mit diesem Register verbundene Witz: Lobbyarbeit wird laut Definition des Brandenburger Landtages nur von Vereinen und Verbänden ausgeführt, nicht von Firmen. Vattenfall wird „vertreten“ durch einen Dachverband der bundesweiten Braunkohlewirtschaft, der mit Adresse und Vereinssitz natürlich aufgeführt ist. Auf diese Weise wird aber nicht offengelegt, dass Vattenfall zwar offiziell nicht direkt durch einen Minister wie weiland Herr Riester am Kabinettsitz, aber immerhin durch die Gattin des SPD-Landesgeschäftsführers, Mitglied des Aufsichtsrates und SPD-Sprecherin im – ausgerechnet! – Umweltausschuss des Landtages direkt Landespolitik betreibt. Frau Gregor-Ness legt das zwar im Internet selbst offen, was ja gesetzlich vorgeschrieben ist – aber auf ihrer Vorstellungsseite als MdL, nicht im „Lobbyregister.“ Es muss bei der Recherche zum Komplex „Vattenfall-Einfluss auf die Politik“ erstmal jeder Abgeordnete überprüft werden. Aus dem „Interessentenregister“ geht diese Form von Politikbeeinflussung nicht hervor. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Braunkohlewirtschaft wiederum nennt zwar ihre Vorstandmitglieder – aber weil dieser Verein nichts ausser Lobbytätigkeit leistet, müsste eigentlich jeder Mitarbeiter genannt sein. Genau das passiert aber nicht. Dabei wäre das für die Betroffenen etwa bei der Jobsuche kein Problem. Dafür sollten wir als GRÜNE LIGA nun aber auch alle Vorstandsmitglieder benennen, weil wir ja dauernd Lobbyarbeit betreiben und tagein, tagaus nichts anderes tun, als Abgeordnete zu belästigen

Aber mit welchem Ziel betreiben wir angeblich Lobbyismus? Nach unserer Satzung arbeiten wir etwa für die „die Ökologisierung der Gesellschaft.“ Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist laut Grundgesetz und Verfassung Staatsziel. Unsere Tätigkeit dient der Allgemeinheit. Die allgemeine Verachtung von Lobbyisten ergibt sich aber gerade dadurch, dass diese durch mehr oder weniger faire Methoden versuchen, Einzelinteressen zu Lasten des Allgemeinwohls zur Geltung zu bringen. Umweltverbände sind also von ihrer Zielstellung her gerade KEINE Lobbyvertreter. Wenn sich etwa die BUND-Funktionärin Heide Schinowsky selbst als „Lobbyistin der Natur“ bezeichnet, ist das ein Widerspruch in sich. Gut, solche Sprüche habe ich auch schon mal abgesehen – aus Ironie. Aber einige Verbandsfunktionäre meinen

das offensichtlich tatsächlich ernst – und untergraben so das Selbstverständnis, dass ein Umweltverein eigentlich haben sollte.

Es gibt da einen interessanten Präzedenzfall: Auch auf EU- Ebene sollte ein Lobbyregister entstehen – dringend notwendig, wie man weiß. Dort sind auch Angaben über Finanzstärke gefragt. Dagegen klagte der Europäische Gewerkschaftsbund – mit Erfolg. Wenn nämlich die sogenannten Arbeitgeber wissen, wie gut die Streikkasse gefüllt ist, können die abschätzen, wie lange der Streik wohl dauern kann. Die Chancengleichheit wird verletzt. Dies müsste übertragen natürlich auch für Umweltverbände gelten. Nur gibt es trotzdem einen Unterschied: Gewerkschaften handeln für ihre Mitglieder, und diese stellvertretend für eine soziale Gruppe, die „Werkstätigen“. Umweltverbände sind dagegen völlig selbstlos für immaterielle Dinge wie etwa Arten- oder Klimaschutz aktiv. Darum gehören sie gar nicht in ein solches Register. Bei Gewerkschaften ist das meiner Meinung nach allerdings auch fraglich: Ihr Tun dient dem sozialen Frieden, was ja wohl auch Voraussetzung für eine tragfähige Demokratie ist. Zumindest wären sie so zu behandeln wie Kirchen, die sich auch nicht registrieren lassen müssen, obwohl sie mancherorts der grösste Arbeitgeber sind und etwa im Bereich Schule mit dem Staat als Anbieter konkurrieren. Der Humanistische Verband musste sich dagegen als Lobbytruppe outen. Soviel nur mal zur Verfassungsmäßigkeit dieser Art Registern.

Der Landessprecherrat hat sich entschieden, keinen Antrag auf Eintrag ins Lobbyregister vornehmen zu lassen. Unser Recht auf Mitwirkung an gewissen Entscheidungen ist auch so gesetzlich garantiert. Zu Landtagsanhörungen werden die Umweltverbände meist in Gesamtheit über das Landesbüro vertreten, und wenn nicht, sind NABU und BUND meist nicht so weit entfernt positioniert, als dass wir immer noch unseren Senf dazugeben müssten. Sollten aus unserer Verweigerung des Eintrags weitere Konsequenzen folgen, wäre ja auch eine Klage ein Weg, den Rechtsbegriff des Lobbyismus juristisch weiter zu klären. Wir haben dem Herrn Landtagspräsidenten unsere Entscheidung schriftlich mitgeteilt und unsere Gründe benannt, er hat freundlich bedauernd und verständnislos geantwortet.

Bleibt die merkwürdige Passage im grünen Wahlprogramm. Diese lässt ja noch ganz

andere Szenarien zu. Als Delegierter des Programmparteitages schilderte ich zur Begründung des Änderungsantrages ein solches: Eine Gruppe von Bürgern stellt fest, dass im Frühjahr massenhaft Kröten überfahren werden, baut einen Krötenzaun und rettet diese durch Querungshilfe. Nach einiger Zeit stellen sie fest, dass es immer weniger Kröten gibt, erkennen das Tun eines Landwirtes am Acker rund um den Kröteich als Ursache und wenden sich an einen Abgeordneten, ob da nicht ein neues Gesetz helfen könnte. Statt einer Antwort kommt die Polizei: Es wurde vom Abgeordneten Anzeige gegen die Bürger wegen illegaler Lobbyarbeit erstattet, weil sie nicht registriert sind („umfassend und sanktionsbewehrt“ wird ja gefordert). Die Delegierten begriffen das nicht. „Lobbyarbeit wie wir sie verstehen“ – ja, was versteht man denn bei Grüns darunter? Offenbar etwas anderes als der Normalbürger, es wird aber nicht erklärt. Jedenfalls scheinen nur „Gutmenschen“ Lobbyarbeit zu betreiben, und das sei ja nicht schlecht, also rede man ja auch mit ihnen. Wenn eine sozial abgrenzbare Gruppe von Menschen ein eigenes Weltbild hat und dieses in allgemein anders oder gar nicht benutzten Begriffen erklärt, gilt das in der Soziologie als wesentliches Merkmal einer Sekte. Davon sind die Bündnisgrünen natürlich ein ganzes Stück weit weg. Aber hier begibt man sich in Konfrontation mit einem Teil der potenziellen eigenen Anhänger, und das alles ohne Not. Offenbar hat die an sich verdienstvolle kleinste Fraktion des bisherigen Landtages an dieser Stelle nicht hinreichend die Situation reflektiert oder den Gedankenaustausch gesucht, oder ist nichtdenkenden Funktionären selbsternannter Lobbyvereine auf den Leim gegangen – und der Rest der Partei folgte dem. Hier werden noch Diskussionen nötig sein.

P.S. Natürlich sollte dieser Passus nicht alleiniger Grund für die persönliche Entscheidung eines Grünligisten bei der Landtagswahl sein. Es gibt Wesentlicheres. Und bevor es Fragen gibt: Mein Änderungsantrag wurde mit drei Zustimmungen deutlich abgelehnt. Bei der Schlussabstimmung habe ich mich dann als einer von zwei Delegierten enthalten – werde mich ja nicht selbst zum Lobbyisten ernennen!

Und wer Näheres wissen will: Es gibt ein Gutachten von Herrn Prof. Sodann (Uni Berlin) ...

■ *Heinz-Herwig Mascher*

NHB

Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Stellungnahme des Beirats für Nachhaltige Entwicklung (NHB) zum Kabinettsbeschluss Braunkohleplan Welzow-Süd II

Der Kabinettsbeschluss vom 03.06.2014 zum Braunkohleplan ist ein rückwärtsge- wandtes Signal für die Nachhaltigkeit in Brandenburg und behindert die Entwick- lung einer Perspektive für die Lausitz. Die dynamische Entwicklung der erneuerbaren Energien und der bereits rasant Fahrt aufnehmende Klimawandel lassen eine Nutzung der Braunkohle über die Jahrhun- dertmitte hinaus aus nachhaltiger Sicht nicht zu. Die Ausweisung neuer Tagebaugebiete für den Braunkohle- abbau behindert den notwendigen Strukturwandel in der Energiever- sorgung, zementiert die einseitige Abhängigkeit der Lausitz von der Braunkohle auf Jahrzehnte und verhindert den Aufbau innovativer wirtschaftlicher Strukturen in der Region. Fünf Wochen nach Verab- scheidung der Landesnachhaltig- keitsstrategie einen Braunkohleplan diesen Inhalts zu verabschieden, ist aus Sicht des Beirats für Nachhaltige Entwicklung des Landes Branden- burg wirtschaftlich unsinnig sowie energie- und klimapolitisch fatal. Mit der Abaggerung von über 200 Mio. Tonnen sieht der Plan ab dem Jahr 2027 in der Lausitz eine Erwei- terung des Braunkohletagebaus vor und stellt damit die Weichen für eine Braunkohlenutzung mindestens bis 2067.

Der Braunkohleplan bedeutet leider keine langfristige Sicherheit für Wirtschaft und Arbeit in der Lausitz, sondern zementiert vielmehr überkommene, nicht zukunfts- fähige Strukturen. Mit einem schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung z. B. bis 2040 (wie im Gutachten des Lan- desamtes für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit zur Energiestrategie 2030 skizziert) lässt sich parallel mit einer akti- ven regionalen Strukturpolitik die Entwick- lung zukunftsfähiger Branchen für neue Arbeitsplätze in der Region voranbringen. Die Braunkohlenutzung wäre dann eine fast 150 Jahre spannende Brückentechno-

logie von der Vergangenheit in die „erneu- erbare“ Zukunft der Lausitz.

Die Brandenburger Landesregierung fällt mit dem Braunkohleplan Entscheidungen entgegen ihren eigenen Strategien und



*Braunkohleabbagger
Foto: Norbert Wilke*

Konzepten. So heißt es im Koalitions- vertrag: „Als Beitrag zum Klimaschutz wird sich die Landesregierung für die schrittweise Umstellung auf CO₂-arme Kraftwerke einsetzen. Die Koalition strebt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Braunkohle- kraftwerke ab 2020 nur bei drastischer Reduktion des CO₂-Ausstosses genehmigt werden.“ Davon ist bei den jetzt gestellten Weichen offensichtlich keine Rede mehr. Selbst die in der Energiestrategie 2030 bereits herabgesetzten Klimaschutzziele des Landes sind mit diesen Festlegungen nicht mehr zu halten. Eine so weitreichende Ent-

scheidung zu treffen, ohne zu erklären, wie die Landesregierung das Klimaschutzziel – Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen um 72 % (auf 25 Mio. t) gegenüber 1990 bis zum Jahr 2030 – zu erreichen gedenkt,

ist grob fahrlässig und nimmt Ziel- konflikte mit anderen Politiken (Klimaschutz, Natur- und Land- schaftsschutz, Gesundheitsvorsorge etc.) bewusst in Kauf.

Wie der aktuelle Bericht des Weltklimarates (IPCC) belegt, an dem das Potsdam-Institut für Klimafolgen- forschung beteiligt ist, ist es aus Klimaschutzgründen notwendig, die Nutzung fossiler Energieträger zu begrenzen. Deutschland und dabei insbesondere auch Brandenburg ist in der Lage, dabei anderen Ländern mit gutem Beispiel voranzugehen und zu zeigen, dass dies volkwirt- schaftlich (unter Einbeziehung aller Kosten) sinnvoll, ökologisch geboten und sozial verträglich zu bewältigen ist.

Nachhaltigkeit zum Maßstab der Politik zu machen bedeutet, unter Abwägung der verschiedenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange zukunftsweisende Entschei- dungen zu treffen. Aus Sicht des Beirats hat die Landesregierung mit der Erweiterung des Braunkohletage- baus einseitige Schlussfolgerungen gezogen, die eine Orientierung der Landespolitik an den Maßstäben der Nach- haltigkeit vermissen lassen. Dies hat eine fatale Wirkung auf viele der engagierten Akteure im Land, die sich u.a. bei der Er- stellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie eingebracht haben. Mühsam aufgebautes Vertrauen in eine zukunftsweisende Politik des Landes wird hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt und untergräbt die Glaubwürdig- keit der Landespolitik.

Potsdam, den 05.06.2014

Welzow-Süd II und kein Ende in Sicht?

Als ich vor vielen Jahren begann, hauptamtlich für den Naturschutz zu arbeiten, standen die Bagger der Braunkohleverstromer vor Hornö. Manfred Stolpe (SPD), damals Ministerpräsident im Land Brandenburg, bemühte sich immer wieder zu erklären, dass dies ja nun das letzte Dorf sei, welches von der Landkarte verschwinden würde. Das war wissentlich gelogen. Nach nunmehr weiteren 20 Jahren wissen wir, dass ein Ende der Zerstörung von Dörfern nicht geplant ist.

Südlich von Görlitz befindet sich am ausgebagerten Berzdorfer See ein Freilichtmuseum. Inmitten einer scheinbaren Idylle steht ein riesiger Braunkohlenbagger (Typ 1452-SRs) seit Jahren am selben Platz, seine weit ausladenden Förderbrücken prägen das Landschaftsbild. Im Jahr 1967 wurde er im TAKRAF-Schwermaschinenbau in Lauchhammer gebaut. Wie Spielzeuge wirken die im Umfeld drapierten Schieberaupen, Traktoren, Lokomotiven und andere technische Geräte, die seinerzeit im Tagebau zum Einsatz kamen. Ein riesiger technischer Dinosaurier.

Dort in Hagenwerder bei Görlitz kann man sich die Technik anschauen, die aus der Mitte des letzten Jahrhunderts stammt. Aber es ist noch nicht vorbei. Am 3. Juni haben die Minister der Rot-Roten-Koalition in Herzberg/Elster dem Braunkohlenplan für den neuen Tagebau Welzow-Süd II zugestimmt und ihn damit de facto beschlossen. Obwohl sich diese Zustimmung seit Längerem abzeichnet und weder SPD noch LINKE ein Hehl aus ihrer Bereitschaft zur Fortführung des Braunkohlenabbaus im Land gemacht haben, gab es zahlreiche Proteste. Im Vorfeld der Entscheidung wurde das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin von Greenpeace-Aktivistinnen besetzt und ein Banner „100 % Unglaublich“ am Haus angebracht. Es gab einen Runden-Tisch in Berlin. Ein zweiter in Potsdam scheiterte,

da die Brandenburger LINKE erst die Entscheidung für den neuen Tagebau in einer Pressekonferenz verteidigte und danach mit Greenpeace reden und verhandeln wollte. Während sich in der SPD, bekannt als felsenfeste Braunkohlenpartei, keinerlei Widerstand regte, gab es bei den LINKEN zahlreiche Proteste. Der Jugendverband solid und die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt wandten sich gegen die Zustimmung, ebenso viele Mitglieder aus verschiedenen Landesteilen. Die Bundespartei befürwortet den Brandenburger Alleingang wider das Parteiprogramm ebensowenig wie die Vertreter der Ökologischen Plattform, die am 14. Juni auf ihrem Bundestreffen im

dem Papier.

Der Zeitplan für die getroffene Entscheidung mag verwundern, immerhin befinden sich die SPD und die LINKE vor einer zukunftsweisenden Landtagswahl im September. Der SPD droht erstmalig der Absturz auf Platz zwei und die LINKEN müssen, gemessen an den Wahlergebnissen der Europa- und Kommunalwahlen, mit einem Stimmenverlust von 6-10 % rechnen. Eine Weiterführung der Koalition von SPD und LINKEN in Brandenburg scheint fraglich zu sein. Vielleicht werden die Grünen im Herbst ins Boot geholt. Wünschen sollten sie sich das aber nicht, dann wäre es um ihre Jungfräulichkeit in der Braunkohlenfrage geschehen. Lachender Dritter könnte die CDU werden. Diese Partei muss ihre Sympathie für brennende Kohle nicht öffentlich machen, man darf sie voraussetzen. Die bekennende Braunkohlegegnerin Monika Schulz-Höpfner (CDU) aus Guben wird dem neuen Landtag jedenfalls nicht angehören. Die Einwohner von Proschim sollen nun die Zeche für diese unsinnige und unvernünftige Entscheidung bezahlen und sich neue Siedlungsgebiete jenseits der Kohleflöze suchen. Die Hoffnung stirbt



„Kein weiteres Dorf abbaggern“

Foto: Gabi Müller

Brandenburgischen Milow eine Erklärung gegen den Tagebau Welzow-Süd II verabschiedeten.

Der Nachhaltigkeitsrat, bestehend aus Wissenschaftlern und Experten, die von der Landesregierung berufen wurden, um diese zu beraten, hat die Entscheidung für einen neuen Tagebau ebenfalls verurteilt, stellt sie doch die Absage an alle Klimaschutzziele des Landes Brandenburg dar. Der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten nahm die Entscheidung mit Besorgnis auf, fällt doch wieder eines ihrer Siedlungsgebiete dem Bagger zum Opfer. Das Verfassungsziel des Landes zum Schutz des sorbisch/wendischen Siedlungsgebietes besteht wohl nur auf

bekanntlich zuletzt. Der Braunkohlenplan wird mit Sicherheit beklagt werden. Die anstehenden Reichstagswahlen in Schweden könnten auch Auswirkungen auf den Vattenfall-Konzern haben. Dieser hat mehrfach öffentlich geäußert, sich aus der Braunkohlenverstromung in Brandenburg zurück zu ziehen.

Wie es dann weitergeht ist offen. So oder so, Fakt ist, dass der Technikpark von Welzow irgendwann in ein Museum umgewandelt werden wird. Je früher, desto besser.

■ Norbert Wilke

Alleenschutz in Glienicke/Nordbahn

Häufig stellen Verwandte die Frage, was man denn mal werden wolle. Wenn man jung ist, kann man noch wild fantasieren, aber mit zunehmendem Alter muss man sich entscheiden und bestimmte Wege einschlagen. Für mich stand schon ziemlich schnell fest, ich möchte die Umwelt schützen.

Wir Abiturienten haben die Qual der Wahl. Soll ich eine Ausbildung anfangen oder doch lieber eine Universität besuchen?

Was will ich nur studieren?

Soll ich mich gleich spezialisieren oder allgemein Biologie studieren? Ich habe mich viel belesen und fand heraus, man bräuchte ein entsprechendes Praktikum, welches man vorweisen kann, wenn man zum Beispiel „Landschaftsplanung und Naturschutz“ studieren möchte. Das war leichter gesagt als getan! Ich erhielt leider etliche Absagen. Sie nähmen nur Studenten, hieß es häufig. Ich konnte das nicht ganz nachvollziehen, wie kommen denn diese gewünschten Studenten an ihren Studienplatz, wenn sie doch vorher keinen Praktikumsplatz bekommen?

Lange Rede, kurzer Sinn: Die GRÜNE LIGA BRANDENBURG hieß mich mit offenen Armen willkommen. Acht Wochen lang konnte ich nun Teil der „grünen Gemeinschaft“ sein. Schnell haben Norbert Wilke, mein Praktikumsleiter, und ich eine Aufgabe für mich gefunden: Alleenschutz in Glienicke/Nordbahn!

In der Gemeinde wurde im September 2013 die Umsetzung eines neuen Straßenbaumkonzepts beschlossen, welches vorsieht, alle Bäume von sechs Alleen zu fällen und erst in ein paar Jahren Nachpflanzungen zu tätigen. Das Straßenbild wäre für eine sehr lange Zeit ein grundlegend anderes. Ich selbst lebe in Glienicke, was nicht nur den Vorteil bietet, schnell am Arbeitsplatz zu sein, Ich bin auch mit Herzblut dabei, den dörflichen Charakter unserer Gemeinde zu erhalten. Die Alleen sind Teil von Glienicke, sie sind unser Aushängeschild und das soll auch so bleiben!

Zum Glück bin ich nicht die Einzige mit dieser Ansicht. In Glienicke hat sich im Juni 2013 eine „Bürgerinitiative Baumschutz“ (BIB) gegründet mit dem „Ziel, den alten Baumbestand in unserer Gemeinde zu erhalten und nur wenn unumgänglich zu erneuern“ (aus <http://baumschutz-glienicke.jimdo.com/über-die-bib/> „Wer wir sind und was wir wollen“, Stand 05.2014) Ich erfuhr von ihrem monatlichen Treffen und habe am Anfang meines Praktikums



Allee in Glienicke/Nordbahn

Foto: Lena Dressler

teilgenommen. Es ist schön zu sehen, wie viele Menschen sich für den Schutz engagieren.

Meine Aufgabe während des Praktikums bestand darin, eine allgemeine Bestandsaufnahme der zu schützenden Bäume zu erstellen. Die zu betrachtenden Aspekte waren neben der Baumart, Höhe, Stammumfang und Durchmesser der Krone, Kappungen, Schleimfluss, Pilze, Rippen, Stammfäule, und der geschätzte Kronenansatz. Die Art der Straße sollte notiert, die Vitalität beurteilt, Abstand zu Zufahrten

eingeschätzt, Fotos geschossen und Nester gefunden werden.

Mit Zettel, Stift, Kamera, Maßband und Zollstock bestückt, ging ich an die Arbeit. Insgesamt habe ich nahezu 300 Bäume von drei Alleen (an der Breitscheid-, Niederbarnim- und Frankfurter Straße) erfasst. Hauptsächlich waren es Ahorne und Linden, aber auch Platanen, Birken, Eichen, Eschen und Rotdornen waren vertreten. Glienicke hat vielfältige Alleen, unter-

schiedlicher Art, Form, Alter und Abstand, warum sollte man dies ändern? Die durchschnittlich geschätzte Baumhöhe liegt bei rund 10 Metern, der Stammumfang (in 1,3 Meter Höhe) bei anderthalb Metern. Im Schnitt besitzen die zu betrachtenden Bäume eine Baumscheibe von fünf Metern und sie sind vital. Schleimfluss bekam ich nur selten zu Gesicht (3,78 %), ebenso wie Kappungen (5,63 %). Häufig stehen die Bäume nahe an Zufahrten (24 %), was ein Problem darstellt. Manche Risse und auch Pilzbefall habe ich entdeckt (beides rund 15 Prozent), aber deswegen gleich die kompletten Alleen zu fällen, scheint mir übertrieben. Bei nur unter acht Prozent der Bäume habe ich die Vitalität als niedrig eingestuft. Es ist wichtig, die Bäume korrekt und auch intensiver zu pflegen, und falls ein Baum eine Gefahr für den Verkehr oder Ähnliches darstellt, doch bitte nur ihn zu fällen. In fast jedem sechsten Baum haben Vögel, hauptsächlich Tauben, ihre Nester gebaut, teilweise mehrere in einem. Es ist achtlos, ihnen

und auch anderen Bewohnern der Bäume schlagartig den Lebensraum zu nehmen. Die später – vorerst nur versprochenen – folgenden Nachpflanzungen bräuchten Jahrzehnte, um auch nur annähernd den gleichen Lebensraum bieten zu können. Doch nicht nur die Tiere leiden darunter. Glienicke hat sich durch die immer mehr wachsende Bevölkerung und die massive Bebauung des Glienicker Feldes verändert. Wenn wir unserer Gemeinde noch die Bäume nehmen, so ist Sie nicht länger ein idyllischer Berliner Vorort, sondern eine graue Stadt ohne frische Luft zum Atmen



*Skurile Wurzelbildung, gesehen in Glienicke/Nordbahn
Foto: Lena Dressler*

und schöne Gesänge der Vögel.

Ich bin zwar kein Experte und kann nicht hundertprozentig erkennen, welcher Baum Stammfäule hat und welcher nicht, aber dass das Geoportal-Baumkataster der Gemeinde längst nicht mehr aktuell ist, sehe ich schon. Allein vierzehn Bäume konnte ich feststellen, die laut Gemeinde-

Portal noch vorhanden sein müssten, doch tatsächlich schon längst gefällt wurden. Leider wurde auch nur gelegentlich nachgepflanzt.

Oft wurden mein Assistent, ich möchte ihm an dieser Stelle auch danken für seine Geduld und Arbeit, und ich von Bewohnern angesprochen, was wir denn mit „ihren“

Bäumen machen würden. Die Meinungen gingen auseinander. So mach einer war besorgt aufgrund der bevorstehenden Fällung und wünschte sich, genauso wie wir, dass sie stehen bleiben können, sodass auch die nachfolgenden Generationen ein grünes Glienicke erleben. Doch es gibt auch jene Bürger, die sich über das Laubharken, die Umsturzgefahr und Zufahrtversperrung beklagten. Sind die Bäume gesund, und das sind sie bei anständiger Pflege, so denke ich doch, brauchen sie sich keine Sorgen machen.

Auch Touristen sind mir begegnet und waren schockiert als ich berichtete, dass die Alleen bald nicht mehr so aussehen könnten. Sie meinten, die Bäume und die daraus resultierende Atmosphäre hätte sie hergelockt.

Nun ist mein Praktikum schon zu Ende und mir bleibt nur zu sagen, dass der Erhalt der gesunden Bäume notwendig ist, für unsere Tiere, Gemeinde und Bürger! Man sagt zwar, wir leben in einer Wegwerfgesellschaft, aber es soweit kommen zu lassen, Bäume lieber „wegzuwerfen“, statt sie zu pflegen, erachte ich als verantwortungslos. Die meisten sind gesund und verdienen es am Leben zu bleiben.

■ *Lena Dressler*

Poppau

Der Fortschritt, scheint es, ist manchmal eine Schnecke. 40 Jahre wurde in Deutschland um den Atomausstieg gekämpft – bis zum endgültigen Aus werden noch zehn Jahre vergehen, wenn nichts dazwischenkommt. Dutzende Lebensmittelskandale im Monatstakt haben nicht verhindert, dass der Vorschlag (!) eines fleischfreien Tages in Kantinen als „Bevormundung“ verunglimpft und damit eine Wahl negativ entschieden wurde. Und sparsamer betriebene Autos bewirken nichts gegen den Trend zu spritfressenden Luxus Schlitten. Brandenburgs Bündnisgrüne trauten sich jüngst nicht einmal mehr, ein Neubauverbot für Gebäude in Überschwemmungsgebieten in einen Parteitagbeschluss zu schreiben ...

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Fehlern im Vorgehen der Umweltbewegung und neuen Wegen zur Vermittlung ihrer Botschaft. Es müssen Ängste

abgebaut und Vorteile einer anderen Form des Wirtschaftens und Zusammenlebens auch emotional erlebbar gemacht werden. Aber was wurde da, abseits technischer Lösungen mit z. T. sogar negativer Wirkung (Biomasse!) eigentlich schon geschaffen? Abseits des „grünen Mainstreams“ hat es seit 1968 immer wieder Versuche gegeben, in Gemeinschaften verschiedener Art anders zu handeln als in der Konsumgesellschaft und im parteipolitisch geprägtem Politikbetrieb. Als „Aussteiger“ diffamiert, haben einige Gruppen lange Zeit durchgehalten und Erfahrungen vorzuweisen, wie es auch gehen könnte. Eine der bekanntesten davon ist das „Ökodorf Siebenlinden“ bei Klötze in der Altmark. Gerade über dieses Projekt gab es zahlreiche Medienberichte – aber zeigen hübsche Bilder vom Spielen im Waldkindergarten, Strohhallenhäusern mit Solaranlage drauf oder aus dem Öko-Gemüsegarten das

Wesentliche?

Bereits 2012 erschien ein Buch, worin Michael Würfel, seit 2007 im Ökodorf lebend, aus seiner Sicht eine „ganz große Führung“ durch das Dorf anbietet und an passenden Stellen das Grundsätzliche zu einem Aspekt des Lebens in so einer Ökogesellschaft schildert. „Dorf ohne Kirche“ ist der Übertitel. Was nicht als antireligiöser Reflex zu deuten ist, sondern darauf verweist, dass hier ein völlig neuer Ort in der Landschaft entstand und ein Experiment startete. Nach deutschem Baurecht eigentlich unmöglich, wurde es hier doch zu Zeiten der rotgrünen Regierung in Sachsen-Anhalt (1993/97) dennoch begonnen, weil der politische Wille der Landesregierung dazu da war. (Inzwischen ist das vergessen: Bei meinem letzten Besuch dort im Mai 2013 wurde mir berichtet, dass Leute von der Landesregierung vorbeigeschickt wurden, um zu erforschen, warum hier ein Dorf

„irgendwo in der Pampa“ sich scheinbar vom demografischem Wandel abkoppelt und Bevölkerungszuwachs hat).

Der Text des Buches ist von größerer Tiefe, weil er grundsätzliche Fragen aufwirft, auf die auch die Ökodörfler meist noch gar keine endgültigen Antworten haben – was sie aber nicht hindert, sich erst mal auf den Weg zu machen und dann zu gucken, wo man landet. Bewährt sich etwas nicht, versucht man eben etwas Anderes. Und allein das ist schon ein Unterschied zu vielem, was sich an Ideologie und „Besserwisserei“ in der Ökobewegung breit gemacht hat. Und was dazu beigetragen hat, dass es hier keine Autoritäten a la Joschka Fischer oder Jutta Ditfurt (oder was manche Kommunen an Gurus hergebracht haben) gibt. Aber dadurch wird es bunt – und schwierig.

„Es ist unser Ziel, nur Entscheidungen zu treffen, mit denen alle...gut leben können.“ Es gibt daher im Ökodorf schon „eine eigene Konsensgeschichte.“ Die breitet Michael Würfel ausführlich aus. Und wie bunt und schwierig alles wird, zeigt sich im meines Erachtens interessantesten Teil des Buches – wo es ums Geld geht. Viele Gruppen von „Kommunarden“ versuchen sich ja voller Idealismus an einer gemeinsamen Kasse, in der im Idealfall alles Vermögen der Beteiligten vergesellschaftet wird – schon die erste Christengemeinde tat dies laut Bibel, und eine Gruppe im Ökodorf ebenso. Durchgehalten wurde dieses Prinzip selten für lange Zeit. Aber es gibt ja nicht nur Würfels nicht unbegründete Befürchtung, dass dann die einen sich totarbeiten, die anderen sich aber weniger engagieren und damit im Grunde zu „Ausbeutern“ werden, wenn sie trotz weniger Aktivität die gleichen Bedürfnisse ausleben. Im Ökodorf war am Anfang auch „Selbstversorgung“ das große Ziel, warum also über Kapital nachdenken? Es wurde aber nicht erreicht. „Wir könnten uns gegenseitig krankenversichern und

unsere Telefonanschlüsse selbst betreiben“, aber würde das den Zwang zum Geldverdienen wirklich ersetzen? Und die ganzen teuren Ökohäuser muss ja auch erstmal jemand bauen. „Es schwirrt eine Zahl von 50- 60 000 Euro herum, die pro Nase zum Hausbau aufgebracht werden müssten. Alles andere läuft über Kredite und langsame Refinanzierung durch Mieten.“ „Der Wurm sitzt da, dass wir eigentlich Leute mit Vermögen hier bräuchten.“ Aber:



Ökologischer Getreideanbau in Brandenburg

Foto: Norbert Wilke

„Das Ökodorf als Millionärstreffpunkt (wäre) kein so sympathischer Ort.“ Auch Würfel selbst hat kein Geld, und er wurde trotzdem aufgenommen. Also wächst das Ökodorf langsamer als ursprünglich gedacht. Auf acht ha Land sollen einmal 300 Menschen leben – jetzt sind es erst ein knappes Drittel davon. Aber ist das auch nicht besser so? Schnelles Wachstum macht mehr Probleme als sich organisch entwickelnde Strukturen. „Ich frage mich auch, ob sich unser Wachstum nicht schon jetzt verändern müsste, damit ein Gemeinschaftsgefühl erhalten bleibt und nicht durch die Gruppengröße erstickt wird.“ Und so geht das Nachdenken weiter: Über andere Bedürfnisse neuer Generationen (Stichwort „handyfreie Zone“), Umgang mit schwierigen Menschen, Kommunikation, Ehrenamt versus Zwang zum Geldverdienen bei permanenten Zeitmangel ... Aber Würfel benennt auch sehr deutlich Vorteile dieser neuen Lebensform, und dazu gehört vor allem Zwischenmensch-

liches. Und das Bewusstsein, an einem Modell zu arbeiten, wie man eben auch leben könnte und trotzdem Spass dran hat. Laut einer Untersuchung der Uni Kassel verursacht ein Bewohner Siebenlindens einen ökologischen Fußabdruck von 2500 kg CO₂-Äquivalenten im Jahr – der Bundesdurchschnitt liegt bei 8.000! Das hat natürlich mit Technik zu tun, mit eigenen Lösungen für Wasser und Abwasser, Car-sharing, Wärmedämmung, fleischloser

Ernährung (es sei denn, man bereitet sich ein Mahl ausserhalb der Gemeinschaftsküche, mit höherem eigenem Finanzbedarf), Holz aus dem eigenem Wald als Wärmequelle... Aber es ist auch der Gedanke, dies nicht individuell, sondern in Gemeinschaft zu regeln.

Nun kann nicht jeder mal so schnell in so eine Art des Zusammenlebens hineinwechseln. Wer aber darüber nachdenkt, was im Leben anders laufen sollte, findet

hier schon mal etwas Anregung. Und wer wirklich in eine solche Gruppe einsteigen will (es gibt etliche auch in Brandenburg!) oder gar so etwas aufbauen will, findet im Buch so ziemlich alle Fragen, die man sich da am Anfang stellen muss. Alles in allem eine Beschreibung einer realen Utopie und ein Nachdenken über Möglichkeiten eines anderen Weges. Pflichtlektüre für grüne Träumer und Wagemutige!

Michael Würfel „Dorf ohne Kirche. Die ganz große Führung durch das Ökodorf Sieben Linden“ Vertrieb durch eurotopia Buchversand, Sieben Linden, 38489 Beetzendorf

www.eurotopia.de, info@eurotopia.de

Näheres zum Ökodorf auch unter www.siebenlinden.de

Alles Spargel oder was?

Der Spargelanbau in Deutschland boomt und so hat sich die Anbaufläche innerhalb der letzten zehn Jahre verzwanzigfacht. Neben den traditionellen Anbaugebieten in Beelitz und Beetz schießen neue Anbaugebiete wie Pilze aus dem Boden. Spezielle Maklerbüros bieten ganze Landwirtschafts GmbH's an und finden Abnehmer. Das neueste Beispiel: Die Agrar-GmbH Sonnenberg bei Gransee im Landkreis Oberhavel im Norden Brandenburgs. Der Betrieb wurde zum Jahresbeginn komplett an den Spargelhof der Gebrüder Lohner aus dem bayrischen Inchenhofen verkauft. Das

Familienunternehmen expandiert Deutschland und europaweit und kauft Flächen an. Der Absatz scheint gesichert zu sein, so existieren Lieferverträge zur Aldi-Gruppe. Die Wasserbüffelzucht, ein Versuch die finanziell klamme GmbH in den letzten Jahren über Wasser zu halten, war gescheitert.

Die Tiere verschwanden im Winter spurlos, die Büffelbar, die im Nachbarort Schönermark alle erstellten Büffelprodukte anbot, hatte schon seit Längerem geschlossen. Zuerst erschien eine Zeitungsanzeige, die Agrar-GmbH suchte einen Agraringenieur mit polnischen Sprachkenntnissen. Dann wurden im Frühjahr viele Felder umgebrochen und mit Spargelpflanzen bepflanzt. Etwa 600 Hektar, die Hälfte der Betriebsfläche, wurden mittlerweile mit Spargel bepflanzt und das völlig unabhängig davon, ob die Böden für Spargel geeignet sind oder eben nicht. Nachts wurden die Bodentemperaturen gemessen, die in tieferen Lagen sicher nicht genügend Wärme besitzen.

Hier soll ein eigenes Wärmekraftwerk den Boden beheizen. Tausende Kilometer Wärmeschlangen sollen, wie bei einer Bodenheizung, unter den Spargelpflanzen verlegt werden. Hinzu kommt das Auslegen von Folien. So soll bereits im zeitigen Frühjahr der griechischen und spanischen Konkurrenz begegnet werden.

Die dabei entstehenden ungeheuren Kosten des Anbaus werden mit 300 Euro pro Hektar subventioniert. Insider sprechen von etwa 400.000 Euro, die bereits jetzt an Subventionen in den Spargelanbau geflossen sind. Rechnet man neben den

kultur handelt, in der konsequent jegliches Wildkraut vernichtet wird (mit Round up, Artist, Agil u.a.) und jede Menge Gifte gegen Schädlinge des Spargels eingesetzt werden. Das Gift wird sich im Grundwasser anreichern, langfristige Schädigungen der Menschen sind zu erwarten. Es entsteht eine ökologisch ausgeräumte Wüste, in der die Artenvielfalt auf Null gebracht wird. Das geschieht in einem europäischen Vogelschutzgebiet mit prioritär zu schützenden Vogelarten.

Dabei handelt es sich um keine Ausnahme, auch Mötzow bei Brandenburg an



Foliensee bei Linum – bald auch bei Gransee!

Foto: Norbert Wilke

„Heizkosten“ noch die Düngung und die Pestizide und Herbizide hinzu, kommt man schnell auf Kosten von 13.000 Euro pro Hektar Spargelanbau. Es lohnt sich dennoch.

Momentan laufen die Planungen für den Bau einer Containerstadt, die zu den Erntezeiten 1.000 polnische Saisonarbeiter unterbringen soll. Im Nachbardorf Schönermark wurde bereits ein Neubau aus DDR-Zeiten erworben, hier soll dann besser qualifiziertes Fachpersonal wohnen. Zeitgleich wurde ein Lager für die Unterbringung von Giften baulich beantragt. Hierbei wird deutlich, dass es sich beim geplanten Spargelanbau um eine Mono-

der Havel ist bereits vom Spargelanbau betroffen, auch die Havelbereiche sind SPA-Gebiet (Special Protect Area). Rauschendorf befindet sich inmitten des Gebiets 7017 Obere Havelniederung, nicht zuletzt für den Schutz der letzten Schreiadler in Deutschland ausgewiesen. Der Grünlandumbruch entlang des Mühlenfließes konnte erst einmal gestoppt werden. Ob damit die Gefahr des weiteren Wiesenschwundes abgewandt wurde, der erfolgte Umbruch gar rückgängig gemacht werden muss, darf bezweifelt werden. In den jeweilige Orten haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die die weitere Entwicklung genau beobachten. Die Mehrheit der Einwohner Rauschendorfs findet den Spargelanbau (noch) gut. Vor den alten Ställen wurde das Gras gemäht und es wurden Kübel mit Stiefmütterchen aufgestellt. Na, wenigstens was.

■ *Norbert Wilke*

Attraktive Lebensräume für Eidechsen im Garten

Wann haben Sie zuletzt eine Eidechse in Ihrem Garten gesehen? Diese flinken Reptilien mit ihrer interessanten Lebensweise waren früher in Gärten und in der Natur weit verbreitet und könnten es auch heute sein. Vielerorts sind die Tiere jedoch selten geworden, weil ihre Lebensräume zunehmend schwinden.

Wie der Garten zur Einladung für Eidechsen wird, zeigt jetzt das Buch »Ein Garten für Eidechsen« von Wolf Richard Günzel, erschienen im pala-verlag: Der Sonnenplatz auf dem Findling, das Winterquartier in der Eidechsenburg oder das Sandbeet zur Eiablage sind eidechsenfreundliche Strukturen im Garten. Dazu eine blütenreiche Vielfalt heimischer Pflanzen, und das Paradies für Eidechsen ist perfekt.

Praktische Anleitungen für Bauprojekte, Anregungen für eine naturnahe Gestaltung des Gartens und zahlreiche Pflanzenlisten helfen dabei, vor der eigenen Haustür Lebensräume (auch)

für Eidechsen zu schaffen. Kompetent informiert das Buch darüber hinaus über alle hierzulande heimischen Eidechsenarten, ihre Lebensweisen, Nahrung und Jungenaufzucht. Ausführlich werden Gefahren und Ursachen, die dazu führen, dass Zauneidechsen, Mauereidechsen oder Smaragdeidechsen zunehmend in Bedrängnis geraten, erklärt.

So können diese ebenso schönen wie spannenden und nützlichen Tiere wieder zu Gästen in unseren Gärten werden.

Wolf Richard Günzel
Ein Garten für Eidechsen
Lebensräume schaffen
im naturnahen Garten
pala-verlag, Darmstadt, 2014
140 Seiten, Hardcover
14,00 Euro
ISBN: 978-3-89566-334-5

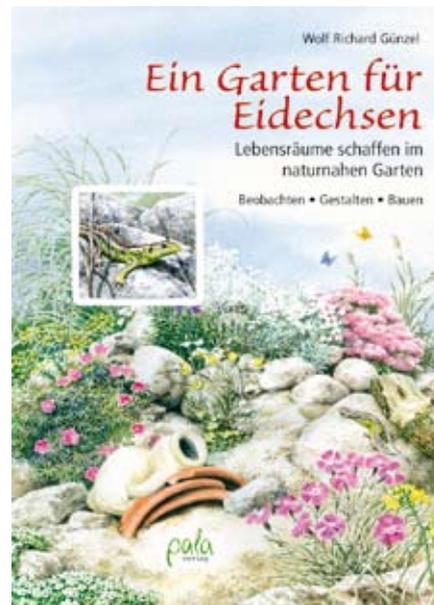


Bild: pala-verlag

Das Märchen von ...

... der Einhaltung des Vorranges Erneuerbarer Energien im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition des Landes Brandenburg

Die Partner der Regierungskoalition des Landes Brandenburg haben sich darauf geeinigt, dass im Land Brandenburg mit der Bedingung des Vorranges Erneuerbarer Energien an der Braunkohlenverstromung festgehalten wird.

Kurz vor Ende der Legislaturperiode und vor den Landtagswahlen muss festgestellt werden, dass weder der erste noch der zweite Teil dieser Vereinbarung buchstabengerecht eingehalten wurde.

Der Vorrang Erneuerbarer Energien wurde der Wirtschaftlichkeit veralteter Dampfkraftwerkstechnologien geopfert. Die unvermeidliche Reaktionsträgheit und eingeschränkte Regelbarkeit von Dampfkraftwerken führt in erheblichem Ausmaß zur Zwangsabschaltung Erneuerbarer Energien zu Lasten der Verbraucher und zu Gunsten der Braunkohlenstromerzeuger. An der Braunkohlenverstromung wurde nicht nur festgehalten, sondern sie wurde

sogar hochgefahren, so dass auf dem Gebiet des Landes Brandenburgs heute mehr Kohle verstromt wird als zur Wendezeit, als die Nutzbarkeit Erneuerbarer Energien noch in den Kinderschuhen steckte.

Vorgeschlagene Initiativen zur Förderung der Speicherung von Wind- und Solarstromüberschüssen sind unterblieben. Nach Auffassung des Gewerkschafters, Vattenfall-Aufsichtsrats und SPD-Bundestagsabgeordneten Uli Freese ist die Photovoltaikbranche für unterlassene Energiespeicherung verantwortlich – ein Zynismus besonderer Art zur Rechtfertigung der Gewinne aus Überproduktion von Schadstoffemissionen! Es bleibt zu hoffen, dass die Landtagsfraktion und die Mitglieder der Landesregierung der Partei DIE LINKE noch rechtzeitig vor der Landtagswahl auf die Einhaltung des Koalitionsvertrages drängen und die Zustimmung zur EEG-Novelle der Bundesregierung verweigern, die eine Deckelung des Zuwachses Erneuerbarer Energien beinhaltet und die Speicherung von Überschussstrom zu Lasten klimaschädlicher Stromerzeuger vernachlässigt.

Mit dem Tagebau Welzow-Süd II werden landwirtschaftliche Betriebe abgebaggert, die mehr Energie aus erneuerbaren Quellen produzieren als sie selbst benötigen. Damit wird der Vorrang für Erneuerbare Energien in das Gegenteil verkehrt.

Für die Erhaltung der Glaubwürdigkeit der Partei DIE LINKE insgesamt ist deshalb die Ablehnung des Tagebaues Welzow-Süd II von linken Kabinetts- und Landtagsmitgliedern Gebot der Stunde.

■ Dieter Brendahl



Dieter Brendahl Foto: Norbert Wilke

Jugendforum Nachhaltigkeit – Der Grüne Mitmach-Weg in die Zukunft!

Heute werdet ihr in eine neue Form der Jugendbeteiligung für Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg eingeführt. Ursprünglich wurde das Jugendforum am 8. und 9. März 2013 vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Consulting Firma E-nect sowie von der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung, dem jetzigen Initiator. Die derzeitige Umweltministerin, Frau Tack, führte uns in das Thema ein. Danach gründete sich eine Facebookgruppe sowie Mailinglisten zur Aufbereitung der Ergebnisse. Es gab zahlreiche AGs zu Themen der LNS wie Nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft, Finanzwesen, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und vieles mehr. In den Gruppen

wurde erst in das jeweilige Thema eingeführt. Anschließend wurden Erfahrungen, Wissen und Wünsche ausgetauscht und auf den Flipcharts präsentiert. Fön e. V. begleitete diesen Vorgang visuell. Auf der Website vom

MUGV (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) sind noch Kurzfilme zu finden (<http://vimeo.com/jugendforum>).

Doch was geschah danach? Wie so oft war die weitere Finanzierung unklar. Die Aufgabenverteilung bröckelte. Gegen Ende des Jahres war die Puste raus. Das Jugendforum schien als einmalige Veranstaltung und als Wissensinput gedient zu haben. An sich auch nicht schlecht, doch blieben wir mit einem unbefriedigten Gefühl zurück. Anfang des Jahres 2014 jedoch wurden wir überrascht mit der Nachricht, es solle ein

weiteres Jugendforum geben. Viele wunderten sich, nicht wenige blieben zu Hause, was auch an dem ungünstigsten Zeitpunkt lag – Das 1. Aprilwochenende, früh aufstehen und in ein Kaff im Norden Berlins fahren ... Mehr als 30 Teilnehmende traten trotzdem den langen Weg ins Nirgendwo an. Der Aufbau war etwas mühsam, es war wenig Zeit sich richtig kennenzulernen. Dass viele spannende Vorträge und Personalien kurzfristig ersetzt wurden, machte uns zu einem Ebenbild des Wetters: trüb. Die Verpflegung und der Umgangston in der Kantine belegten jedes Cliché über „freundliche“ Brandenburger. Umso besser, dass am Samstag dann gemeinsam Pizza gebacken wurde. Ein spontanes Anstoßen

nicht ausreichend erforscht ist. Wichtig war uns, an bestehenden Problemen zu arbeiten und diese auch anzusprechen. Es ging um alternative Herstellung von Plastik, den Verzicht auf Plastik, Recycling, Upcycling. Da Ernährung immer wieder ein Thema ist, gerade bei immer neuen Lebensmittelskandalen und einem stärkerem Bewusstsein der Konsumenten, wurde auch das Wildkräuter-Smoothies gegründet. Richtig zubereitet sind diese nicht ziemlich lecker. Alles Mögliche aus dem Garten wie z. B. Unkraut (z. B. Giersch), gemixt mit Früchten oder regionalen Zusätzen hat eine ähnliche Wirkung wie Kaffee. Diese Smoothies sind gesund, wirken länger und enthalten mehr Nährstoffe und Vitamine als Salat oder Vitamin-Präparate. Die letzten zwei Gruppen bemühen sich zurzeit aktiv, Veranstaltungen zu organisieren und zu planen. Doch je mehr jugendliche und andere Experten diesen Prozess unterstützen umso bes-



Jugendforum

Foto: Jascha Edert

bereits am Freitagabend konnte die Stimmung bedeutend aufhellen. Auch wurden nun verstärkt Ideen gesammelt. Wir ließen uns von den widrigen Umständen nicht unterkriegen! Die Jugendparlamente kreierten die Idee eines gemeinsamen Dachverbands, um so ihre Kräfte zu bündeln und junge Menschen weiterhin für die Debatte begeistern zu können. Andere befassten sich mit digitaler Kommunikation von Chancen und Nutzen oder ökologischen Alternativen wie dem Fairphone. Wieder andere befassten sich mit dem Thema Plastik, ein Thema welches noch lange

ser. Wir führen demnächst auch Seminare, unter anderem zum Thema Rhetorik durch, um unsere Expertise noch interessanter zu vermitteln. Ruhig vor Publikum zu sprechen und diese auch noch zu begeistern, ist der erste Schritt. Es wird auch eine Website erstellt, um uns weiterhin zu organisieren und Leuten von außen zu zeigen, was wir machen und wie wir uns positionieren. Auch auf www.anu-brandenburg.de findet ihr Rückmeldungen zum Forum und eine ausführlichere Dokumentation. ECO-Power!

■ Jascha Edert

4. Lausitzcamp in Kerkwitz bei Guben

Vom 16. bis zum 24. August findet das diesjährige Lausitzcamp in Kerkwitz bei Guben statt.

Der Verein Lausitzcamp stellt sich offiziell vor.

Mit Workshops, Vorträgen, Podiumsdiskussionen, kulturellen Abendveranstaltungen, einem Auftakt-Dorffest, Fußballfreundschaftsspielen und der gemeinsamen Abschlussaktion mit der internationalen Menschenkette gegen neue Braunkohletagebaue zu beiden Seiten der Neiße bietet es ein umfangreiches, buntes Programm für Jedermann, der Eintritt ist frei. Alle Einwohner sind herzlich eingeladen, an der Vorbereitung und Durchführung des Klimacamps mitzuwirken.

Nähere Infos gibt es unter www.lausitzcamp.info

GRÜNE LIGA unterstützt Menschenkette

Die GRÜNE LIGA unterstützt die Menschenkette gegen neue Tagebaue. Zusammen mit Greenpeace, dem BUND, u. a. Organisationen sowie Bürgern aus der Region rufen wir für den 23. August 2014 zu einer großen internationalen Menschenkette in der Lausitz auf. Zwischen den Orten Kerkwitz in Deutschland und Grabice in Polen, die beide durch weitere neue Tagebaue bedroht sind, wollen wir mit tausenden Menschen gegen den Braunkohle-Irrsinn protestieren. Wenn wir jetzt den Druck auf die Brandenburger Politik hoch halten, können wir die Schaufelbagger stoppen.

Weitere Infos unter: www.humanchain.org

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Aufruf zur „Wir haben es satt!“ - Demo“



VISIONEN HABEN

NETZWERKE KNÜPFEN

HANDELN ANREGEN

1990 gründeten Umweltbewegte ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein: Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fordern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen. Innerhalb dieses Netzwerks wahren diese Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin-Landesverbänden zusammengeschlossen.

Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit

Impressum

Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur
Lindenstraße 34,
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga.de/bbbug

Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Nadine Holstein, Katrin Fahrrenz (Libell Logo)
Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro bei Mitglieder im Beitrag enthalten
Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindungen:

VR Lausitz-Bank
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000
BLZ: 18062678

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.